

# **SP für vernünftige Energiepreise, erneuerbare Energien und ordentliches Rentenalter!**

*Bericht der I. Session des Kantonsrates vom 20. Januar 2009*

## **Vernünftige Energiepreise und erneuerbare Energien**

Dem ersten Schritt der Umsetzung des liberalisierten Strommarktes folgt ein riesiger Aufschrei der StromkonsumentInnen – seien dies Private oder Unternehmen, egal welcher politischen Couleur. Und zurecht ist dieser Aufschrei. Das Verhalten der Swissgrid, zwar durchwegs als eine logische Konsequenz des liberalisierten Strommarktes interpretierbar, führt zu stossenden Ergebnissen. Noch im Abstimmungskampf um die Öffnung des Strommarktes wurden als Folge eines weitgehend selbstregulierten Strommarktes massive Preissenkungen versprochen.

## **Massive Anstiege der Strompreise**

Doch die Realität sieht anders aus: Massive Anstiege der Strompreise wurden im vergangenen Herbst angekündigt. Dies führt zu dramatischen Folgen: Just im Moment der Rezession werden Industrie, Gewerbe, aber auch Private mit zusätzlichen Kosten belastet, ohne auch nur einen kleinsten Mehrwert zu erhalten. Zurecht zeigt sich auch unsere Regierung besorgt darüber, dass dies im Moment zu **katastrophalen Auswirkungen** führen kann – insbesondere auch zur **Gefährdung von Arbeitsplätzen**.

Immerhin hat der Bundesrat anfangs Dezember im vergangenen Jahr eingegriffen und die Erhöhungen wurden stark gesenkt. Aber noch immer sind sie beachtlich und reissen Löcher in die Budgets von Familien und Unternehmen, die im Moment sehr ungeliebt kommen – auch aus volkswirtschaftlicher Sicht.

## **SP will Energieeffizienz**

Die SP hatte bisher nie zum Ziel, dass die Energie kurzfristig möglichst günstig und zu Mehrkonsum anregend angeboten werden soll. Aber der Spielraum zur **Förderung von Energieeffizienz und erneuerbarer Energien** ist noch bei weitem nicht ausgeschöpft. Und dafür sind wir bereit etwas zu bezahlen. Verbunden mit dem daraus resultierenden Rückgang des Verbrauches würden wohl auch die Energiekosten im Budget der VerbraucherInnen sinken.

Der Kanton muss den Gestaltungsspielraum jetzt endlich ausreizen – mit Blick auf die Umwelt, eine Wirtschaft in Schieflage und private Budgets, die nun eng wurden!

## **Verantwortungsbewusste Siedlungspolitik**

Die Zersiedlung im Kanton Solothurn konnte in den vergangenen Jahren entgegen allen Absichtserklärungen der Regierung nicht gebremst werden. Gleichzeitig nehmen die Luft- und Grundwasserbelastungen noch immer zu. Der Richtplan des Kantons sieht vor: **Verminderung der weiteren Ausdehnung des Siedlungsgebietes**, Stärkung der Zentren und Agglomerationen als Wohn- und Wirtschaftsraum, Abstimmung der Siedlungsentwicklung auf das Angebot des

öffentlichen Verkehrs, Erhalt der Qualität und Funktionsfähigkeit der Gemeinden im ländlichen Raum sowie die nachhaltige Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

### **Ziele verfehlt**

Jetzt legt die Regierung im Ziel- und Vollzugsbereich offen, dass die gesteckten Ziele bei weitem nicht erreicht wurden. Noch immer dehnt sich die **Siedlungsfläche um 1 Prozent** pro Jahr aus. Dies spielt sich weitgehend in den bestehenden **Bauzonen** ab. Offensichtlich wurden diese allzu oft **überdimensioniert**. Die SP verlangt erneut eine verantwortungsbewusste Siedlungspolitik, die das **Siedlungsgebiet begrenzt und die Verdichtung nach innen fördert**.

### **Ordentliches Rentenalter**

SP und Gewerkschaften zeigten bereits mehrfach auf, dass sie verantwortungsbewusst und sachgerecht an Instrumenten für einen **flexiblen Übergang in das Rentenalter** arbeiten. Allerdings kann es nicht sein, dass eine vorzeitige Pensionierung derart hohe Renteneinbussen zur Folge hätte, dass eine materiell würdige Lebensweise für Normalverdienende verhindert wird. Trotz steigender Arbeitslosigkeit und anhaltendem Fall in eine Rezession liessen es sich die bürgerlichen Parteien nicht nehmen, einen Vorstoss mit möglicher Anhebung des Rentenalters zu beraten. Höhnisch wirkte der Antrag der Regierung, den Auftrag erheblich zu erklären mit dem Auftrag, für die Kantonsangestellten in Zukunft von einem ordentlichen Altersrücktritt von Frau und Mann mit 65 auszugehen. Ein Affront gegenüber allen Arbeitnehmenden ist der ebenfalls gegen den Widerstand der SP durchgesetzte Passus, dass die Regierung mit den Sozialpartnern eine Lösung bis zum 30. Juni 2009 verhandeln soll, aber bei fehlender Einigung dem Parlament durch die Regierung direkt ein entsprechender Vorschlag zur Gesetzesanpassung zu unterbreiten sei.

Für die SP Wasseramt

Philipp Hadorn, Gerlafingen  
Kantonsrat



Am 8. März 2009 bietet sich die Möglichkeit die **Fehlentwicklungen** in unserem Kanton zu **korrigieren**:

Wählen Sie die **Liste 8** in der Amtei Bucheggberg-Wasseramt.